

## Unmündigkeit gefährdet die Demokratie

### I

Die Demokratie braucht das politische Interesse ihrer Bürger, denn sonst ist sie nicht lebensfähig. Das Fundament dieser Staatsform besteht in einer genügend großen Zahl denkender, sich mitverantwortlich fühlender Menschen, die von ihrem Wissen, ihrer Bildung her die Kontrollfunktionen - von der Verfassung gewünscht und garantiert — wahrnehmen können.

Nun ist Denken bekanntlich eine dem Handeln vorausgehende Tätigkeit und erfordert ein gewisses Maß von Denkfähigkeit und Denkwillen, und das wiederum sind Kategorien, die im Bereich der Bildung liegen. Sind aber Menschen, denen Bildung generationenlang verwehrt oder erschwert wurde, zum Denken noch oder schon wieder in der Lage?

Denken heißt außerdem, in eigener Verantwortung sein Leben und möglicherweise auch das Leben anderer zu gestalten. Denken ist also rational und läßt keine Möglichkeit der Abwälzung auf das Schicksal, die Vorsehung, Astrologie oder andere äußere Mächte, die heute so oft und so gern von vielen Menschen bemüht werden, zu. So kommt es dann zu einer Wechselwirkung von steigender Kompliziertheit politischer Zusammenhänge und zunehmender Orientierungslosigkeit gegenüber den Problemen unserer Zeit.

Indem ich denke, entscheide ich, was realisierbar ist und was nicht, wähle ich aus und suche Wege zur Erfüllung meiner Wünsche durch reale Mittel, unterscheide damit zwischen Utopie und Wirklichkeit. Denken ist demnach die Vorbedingung für die Selbstgestaltung des Lebens, für die Kritik am Gegenwärtigen, die Planung des Zukünftigen. Denken heißt bedenken und damit Voraussetzungen, Durchführungsmöglichkeiten und Folgen des Gewollten oder des zu Verhindernden abzuwägen, und das setzt Übersicht, Denkvermögen und Lernwillen voraus.

## UNMÜNDIGKEIT GEFÄHRDET DIE DEMOKRATIE

### II

Jeder Mensch hat ein Bild von der Welt, von seiner Umgebung, der Wirtschaft, der Politik, der Kultur, von anderen Staaten, Völkern, Menschen, das weit oder eng, umfassend oder bruchstückhaft, gründlich oder oberflächlich sein kann. Immer aber sieht er die Welt von seiner Person und Situation aus, ordnet ein und bewertet sie nach Maßstäben, die seine Erziehung, Tradition und Glauben, seine Lebenslage, seine Ansichten gesetzt haben, sei es vom Standpunkt einer Weltanschauung, die für ihn die letzte Wahrheit darstellt, oder vom Standpunkt des Suchenden, um Wahrheit Ringenden, in jedem Falle aber — ob simpel und vordergründig, tiefeschürfend denkend oder gläubig passiv — parteinehmend, sich auseinandersetzend.

Die passive, die Mitarbeit versagende Haltung vieler („da kann man nichts machen“, „das ist nun mal so“ oder „da muß was geschehen“, „das kann nicht so weitergehen“) enthält keinen ernsthaften Veränderungswillen, ist Resignation, Fatalismus, infantil, unverantwortlich. Denkfähigkeit und Geist werden dabei nicht bemüht. Wer aber nicht denken will, darf sich nicht wundern, wenn er einmal nicht mehr denken darf.

Wie Monopolansprüche totalitärer Staaten versuchen auch bei uns gesellschaftliche Interessengruppen das Denken zu behindern. Vertrauen zu fordern heißt nichts weiter, als Eigeninitiative abzuschalten und Verantwortung auf andere abzuschieben, was sicher der Mentalität vieler entgegenkommt. Gehorsam, Disziplin, Einfügung sind andere Formen der Infantilität, die anstelle der Eigenverantwortung, der personalen Selbstständigkeit angeboten werden. So stehen bei uns egalitäres und elitäres Denken im Kampf um Menschen und Positionen. Seitdem jedoch Macht nicht mehr absolut ist und Mittel zu ihrer Kontrolle vorhanden sind, müssen sie genutzt werden, oder sie bleiben wirkungslos. In einer bis ins letzte rationalisierten Welt geistig zu dämmern, heißt außerhalb dieser Welt zu stehen. Das Postulat der Gleichberechtigung setzt also die Erkenntnis voraus, daß sie nicht automatisch in der Staatsform enthalten ist, sondern diese nur die Möglichkeit dafür läßt.

### III

Nichts verläuft in unserer Zeit mehr automatisch, nichts ist mehr vorbestimmt und selbstverständlich, nichts kommt unvermeidlich; alles ist gemacht, durch Menschen gestaltet, alles ist durchführbar und abwendbar. Die diffuse Angst vor dem, was kommen kann, hört auf, wenn die Zukunft vorbedacht und geplant wird vom einzelnen, von den gesellschaftsgestaltenden Kräften und von den Staaten. Bei allem Respekt vor den Werten der Vergangenheit kann die Zukunft nur mit dem Selbstbewußtsein des regelnden, eingreifenden, planenden, solidarisch handelnden Menschen gemeistert werden.

Für politische Gleichgültigkeit und Verzicht auf geschlossene Aktionen zahlen zu jeder Zeit die Menschen einen hohen Preis in Form von minderen Rechten, Bevormundung, niederem Lebensstandard; aber sie haben solange nicht das Empfinden, in bar zu zahlen, als sie die Zusammenhänge zwischen Politikverzicht einerseits und Majorisierung durch eine Minderheit andererseits nicht erkennen.

Das Denken steht heute in Konkurrenz mit einem Überangebot von Reiz- und Ablenkungsmitteln. Die Umwelt, aus der Menschen ihre Eindrücke empfangen, hat sich gewaltig ausgedehnt, aber der Mensch selbst hat sich darauf noch nicht eingestellt. Manipulationen menschlicher Handlungen durch Suggestion von Undurchsichtigkeit, Schwierigkeit, Diffamierung lenkt von der Politik und ihren Akteuren ab, versucht den Menschen in fremde, von partikularen Interessen diktierte wirtschaftliche und politische Überlegungen einzuplanen. Wenn der Mensch aber nicht gesteuert, gelenkt, verplant und

kontrolliert werden will, so muß er die Verantwortung des Denkens, Lenkens, Steuerns, Kontrollierens selbst auf sich nehmen. Dauernde Passivität führt schließlich zu Hilflosigkeit, weil die Möglichkeit zum Eingreifen nicht mehr empfunden, das Denken verlernt, Ohnmacht und Ausweglosigkeit oder Anlehnungsbedürfnis und Unterordnung zu beherrschenden Gefühlsregungen werden.

Totalitäre Staaten und autoritäre Mächte (auch in demokratischen Staaten) leben von dieser Haltung. Durch Anerkennung einer höheren Macht werden Verantwortung und Schuld auf diese abgewälzt. Solange der Mensch sich innerhalb der von diesen Mächten gezogenen Grenzen gehorsam und anerkennend bewegt, ist er verantwortungsfrei und damit verantwortungslos. Die Autorität (Führer, Vater, Arbeitgeber, Politiker) entscheidet, und der Unterworfenen dankt durch Treue, Anhänglichkeit und Gedankenlosigkeit. Er wird gesteuert durch Angst, Glauben, Unterwürfigkeit und Ergebenheit. Hin und wieder aufflackernder Widerstand hat seinen Ursprung nicht im Denken, sondern in dumpfem Zweifel. Solange jedoch die Unreife eine allgemeine Erscheinung ist, solange Menschen eher dressiert als gebildet werden, solange ihre Entscheidungen mehr von Vorurteilen als von Urteilsfähigkeit bestimmt sind, haben wir kaum Aussicht auf Überwindung der Infantilität. Unterordnung erspart Auflehnung; Gehorsam erwartet Belohnung. Beides sind passive Anpassungsfaktoren, sie erleichtern die Einfügung und stärken die Befehlsgewalt von Menschen über Menschen. Kritiklosen, in ihrer Haltung widersprüchlichen, unsicheren Menschen kann man leichter befehlen, als autonomen, vorurteilsfreien Persönlichkeiten. Der politische Schlaf, in dem unser Volk sich seit einem Jahrzehnt befindet, ist eben nicht nur von Presse, Regierung und Wirtschaft manipuliert, sondern entspricht auch einem tiefen Bedürfnis nach Ruhe und Sicherheit, wie jede erfolgreiche Politik sowohl von dem Willen der Führung, als auch von der Nachfrage durch das Volk getragen wird.

Immer wieder begegnen wir der Unsicherheit bei der Beurteilung von wirtschaftlichen, politischen und sozialen Problemen. Immer wieder stellen wir fest, daß in unsere Schulen Menschen kommen, die im Grunde willig sind, Neues anzunehmen, aber ungeübt, unbewandert im Denken, Selektieren, Abwägen, Trennen von Realem und Irrealem. Immer wieder stellt sich heraus, daß der so oft berufene „gesunde Menschenverstand“ erstens zur Bewältigung der Gegenwart nicht ausreicht und zweitens gar nicht so gesund ist, weil er von Kategorien außerhalb des Verstandes, wie Gefühl, Affekt, Ressentiment, Vorurteil, mehr beeinflußt wird, als von Vernunft, Wirklichkeit und Übersicht. Im übrigen gewährleistet der Besitz von Vernunft und Verstand noch nicht, daß die Menschen beides auch benutzen, denn dazu muß man schließlich erzogen sein. Die Größe der politischen Bildungsaufgabe, die sich aus diesem Tatbestand ergibt, kann gar nicht überschätzt werden, und ich sehe erstens weit und breit niemanden, keine Organisation, keine Institution, bei der die Voraussetzungen (politisch, organisatorisch und personell) für die Bewältigung dieser Aufgabe in ähnlicher Weise gegeben wäre, wie bei uns; zweitens sehe ich niemanden, der sie uns abnehmen würde. Drittens kann ihr auch wohl nur eine Organisation im Sinne der Staatserhaltung gerecht werden, die in einem ähnlich positiven Verhältnis, wie wir, zu diesem Staat steht.

#### IV

Was ist eigentlich Politik? — Politik ist ein Prozeß, der ständig veränderte Situationen schafft, neue Lösungen verlangt, von den verschiedensten Interessen beeinflußt wird und daher selten einheitlich ist. Politische Entscheidungen sind Machtentscheidungen auf der Basis sozialer, wirtschaftlicher, politischer Interessen oder/und Notwendigkeiten. Immer weniger werden sie vom Weltanschaulichen her beeinflußt. Immer mehr wird die Weltanschauung als Mittel politischer Beeinflussung angewandt.

Politik kann den Menschen entweder überzeugen oder überreden, mißbrauchen oder führen, unterdrücken oder befreien. Politik ist ein System von Machtströmungen, die meistens von den herrschenden Klassen, Gruppen usw. für sich und ihre Interessen genutzt werden. Sind die Menschen politisch nicht gebildet, so entzieht die Substanz der Politik sich zum größten Teil dem Verständnis der Bürger. Sie sind dadurch kaum in der Lage, eine wirkliche Kontrolle auszuüben.

Es besteht eine Wechselwirkung zwischen Wandlung und Haltung politischer Parteien und dem politischen Verhalten der Wähler. Je mehr der Wähler von wirklichen politisch weitreichenden Entscheidungen weg und damit zu kurzfristigen Daseinsansprüchen hin seine Erwartungen richtet, je mehr sind die Parteien gezwungen, ihn mit Versprechungen, die sich auf Konsum- und Sicherheitserwartungen konzentrieren, zu umwerben.

Im Grunde ist es bei uns den meisten Menschen gleichgültig, wer ihnen das, was sie erwarten, gibt. Alle Wünsche und die daraus entstehenden Spannungen gehen in Richtung der Verteilung des Sozialprodukts bzw. seiner Umverteilung. Für immer mehr Arbeitnehmer ist es einerlei, wer die politische Macht innehat, wenn sie dabei nur nicht zu kurz kommen. Aus dem Klassenkampf mit dem Ziel der Änderung der Staats- und Gesellschaftsform ist der Kampf um die Verteilung des Brutto-Sozial-Produkts auf der Basis der bestehenden Ordnung geworden. Die vom Verteilungsmodus Begünstigten halten ihren hohen Anteil für selbstverständlich, und die Benachteiligten schimpfen zwar, raffen sich aber zu keiner Aktion auf.

Wir leben zur Zeit in einer konservativen Epoche, in der die gegenwärtigen Machthaber sich als absolute Autoritäten betrachten und auch angesehen werden, jede Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse als gefährlich diffamiert wird und die gegenwärtige Ordnung als unantastbar gilt.

Wir erleben dabei zwei Grundformen des politischen Stils in unserem Lande, den demokratischen und den autoritären. Beide gehen davon aus, daß der Durchschnittsbürger Schwierigkeiten bei der sachlichen Durchdringung politischwirtschaftlicher Zusammenhänge hat. Während aber der demokratische Politiker durch politische Bildung zum Verständnis der Probleme durch die Bürger kommen möchte, genügt es dem autoritären, wenn die Mehrheit ihn wählt und gewähren läßt. So stehen sich denn bei uns politisches Verständnis und Manipulation, Rechtsdenken und Machtdenken, Überzeugung und Überredung gegenüber.

Politiker und Wirtschaftsführer untergraben gemeinsam die Demokratie, die einen, Volk), die anderen, indem sie für ihren Bereich Demokratie ganz ablehnen und außerdem indem sie die Exekutive stärken und das Parlament umgehen (Ansprachen an das den Staat ständig unter Druck setzen. Unter Freiheit verstehen sie Gewerbefreiheit. Unter Demokratie verstehen sie die Wahrung ihrer Interessen und nicht das Recht des anderen. Mit verantwortungsbewußter demokratischer Haltung hat das alles wenig zu tun. Der soziale Prozeß der Demokratisierung kann solange nicht vorankommen, als industrie feudale Methoden und Staatswohlfaht für Unterprivilegierte die Arbeitnehmer deklassieren, den sozialen Konflikt als etwas Böses ansehen und unterdrücken möchten.

Der Prozeß der politischen Bildung, wie wir sie verstehen, sieht jedoch gerade hier einen Kernpunkt seiner Wirksamkeit. Sie dient ja nicht zuletzt dem Zweck, unseren Kollegen verständlich zu machen, daß politische, wirtschaftliche, soziale Interessengegensätze in einem demokratischen Staat das Normale sind. Es ist doch das hervorstechendste Wesensmerkmal einer Demokratie, daß in ihr — im Gegensatz zur Diktatur — Konflikte möglich und ihre Austragungsformen von der Verfassung geregelt sind.

## V

Entscheidend für die Lebensverhältnisse eines Volkes ist weniger die Staatsform, als die gesellschaftliche Wirklichkeit, d. h. also, die Stärkeverhältnisse der in diesem Staat wirksamen Gruppen. Bei uns findet das ohnehin vorhandene Übergewicht der Besitzenden über die Arbeitnehmer seine Bestätigung und Verstärkung in dem Bündnis zwischen Wirtschaft und Regierung auf Kosten der Mehrheit des Volkes. Im Namen und mit Zustimmung des Volkes gegen das Volk zu regieren ist eben solange möglich, wie Primitivität, Unverstand und Gleichgültigkeit die symptomatische Haltung eines großen Teils der Bevölkerung sind.

Es scheint dem indifferenten Teil der Arbeitnehmer entweder der Gegner zu fehlen, oder er wird nicht als solcher gesehen. Die Ideologie der Partnerschaft in Verbindung mit dem steigenden Lebensstandard, der Vollbeschäftigung und den seltenen aktiven Auseinandersetzungen haben Bewußtsein und Wissen um die wirkliche Lage verdrängt. Ein dumpfes, unterschwelliges Unbehagen ist zwar hier und da spürbar und sucht Schuldige für als ungerecht empfundene Vorkommnisse im Betrieb und in der Politik; der selbstbewußte, seine Lage erkennende Arbeitnehmer ist eher zur Ausnahme, der Zweifelnde, seinen persönlichen Vorteil suchende Ja-sager zur Regel geworden.

Daß steigende Einkommen und Teilnahme an der Macht zwei verschiedene Dinge sind, wird nicht erkannt. So ist der Lebensstandard zwar kräftig gestiegen, jedoch unter Ausschluß von Schlüsselpositionen für die große Mehrheit des Volkes. Je größer die Differenz zwischen dem Durchschnittseinkommen und den Spitzenverdienern wird, um so ungleicher wird die Besitz Verteilung, und um so größere Macht verleiht Kapital.

Bei uns wird viel argumentiert, daß es dem Arbeiter erst einmal wieder schlecht gehen müsse, bevor er politisch wach würde. Es *kann* sein, daß mit der Verschlechterung der Lebenslage der Abwehrwille stärker wird. Wenn die Arbeiter aber dann wiederum nicht wissen, durch was sie in die Misere hineinkamen und wie sie herauskommen können, so sind wir wieder da, wo wir 1933 schon einmal waren. Wahrscheinlich ist außerdem, daß dann (wie gehabt) der Fatalismus die allgemeine Haltung sein wird, mit der man schicksalhaft hinnimmt, was mangels Übersicht als unumgänglich empfunden wird.

Das Problem ist: Wie heben wir das Mißverhältnis zwischen dem Bildungsniveau der Arbeiter und der Notwendigkeit gesellschaftlicher Mitwirkung, zwischen den Gestaltungsmöglichkeiten durch die Verfassung und dem Politikverzicht des größten Teiles der Staatsbürger auf? Wie machen wir ihnen klar, daß der bequeme Weg des „ohne mich“ nicht auch der richtige ist; daß die „öffentliche Meinung“ mehr die Meinung der Herrschenden in Politik und Wirtschaft interpretiert und weniger auf das Wohl der Gesamtheit gerichtet ist; daß Unternehmer und Regierung davon profitieren, daß weder die Bildung im Elternhaus noch die in der Schule ausgereicht hat, um mit der Dynamik der Zeit Schritt zu halten; daß zur Besserung der Situation auf wirtschaftlich-sozialem Gebiet ein ernsthafter politischer Machtwille gehört, weil ohne diesen keine Einwirkungsmöglichkeiten vorhanden sind?

## VI

Soviel „Freiheiten“ dem Arbeitnehmer bei uns auch gegeben werden, sei es bei der Gestaltung der Lebensverhältnisse auf dem Gebiet des Konsums, der Kulturventile (Sport, Toto, Lotto, Literatur, Film, Sex, Kabarett), in einem Bereich hört alles auf und macht einer nahezu lückenlosen Bevormundung Platz — das ist der Bereich der Wirtschaft. Einbrüche, die wir erzielt haben, wurden abgeriegelt. Die quasi-militarische

Hierarchie des Betriebes wehrt jede Bedrohung von Position und Autonomie des Unternehmertums ab. Notfalls werden weitere finanzielle Mittel bereitgestellt, um einer drohenden Beschränkung durch Gesetz oder Vertrag zu begegnen und das um so lieber und leichter, als jede Verbesserung des Lebensstandards ohnehin in Form von erhöhtem Konsum und höheren Preisen in die Taschen der Unternehmer zurückfließt. So steigen die Löhne und damit die Ansprüche und auf der Gegenseite die Preise und damit der Gewinn. Die Mündigkeit und Aktivität vieler Menschen als Voraussetzung für das Funktionieren der Demokratie wird lahmgelegt durch die Unmündigkeit der Ungebildeten, die das ihnen in die Hand gegebene Instrument Demokratie zu ihrer Befreiung von Bevormundung und Zurücksetzung nicht handhaben können.

Hier in der Wirtschaftsordnung, im Betrieb zeigt sich am deutlichsten, wieviel eine Verfassung, die Menschenwürde und Selbstgestaltung des Lebens garantiert, in Wirklichkeit wert ist, wie viele ihrer Postulate Realität geworden sind oder bei Berücksichtigung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse Realität werden können. Unter der Tarnung der „sozialen“ Marktwirtschaft hat sich ein derart massiver Egoismus entwickelt, daß es immer schwieriger wird, ihn zu rechtfertigen; Sozialleistungen, „Eigentumsbildung in Arbeiterhand“, Verbesserungen in der Sozialgesetzgebung sollen wenigstens den Anschein des Sozialen erwecken. Die Verwirklichung der Rechtsgleichheit auch auf dem Gebiet der Wirtschaft, die im Grunde die Voraussetzung für alles Weitere ist, kann aber solange hinausgeschoben werden, als die Ungleichheit nicht erkannt oder nicht empfunden wird.

Wir stehen in jeder Beziehung in ambivalenten Situationen. Wollen wir auf der einen Seite die Bildung der Menschen erweitern, damit sie Zusammenhänge übersehen, so führt die immer stärkere Arbeitsteilung sie zum Spezialistentum auf immer engeren Gebieten. Was der Mensch am Arbeitsplatz an Enge, Unübersichtlichkeit, Bevormundung erlebt, ist das Gegenteil von dem, was er als Bürger braucht. Das gilt für alle Bereiche der Arbeit, für alle Berufe, gleich ob manuell oder geistig.

Andererseits dringt Wirtschaft immer mehr in zentrale Bereiche der Lebensführung und der Politik ein, und es ist die Frage, ob nicht heute schon alle anderen Lebensgebiete zweitrangig sind, und von der Wirtschaft aus als Basis auch die Verwaltung und die Politik des Staates gelenkt wird. Je mehr aber die Wirtschaft in die Politik eingreift, und je stärker auch der Staat als Wirtschaftsfaktor auftritt, um so unvermeidlicher wird die Kontrolle beider durch das Volk, soll der Staat seine Form nicht entscheidend verändern. Je stärker tritt an uns aber auch die Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Bildung heran. Daß es bei unseren Mitgliedern und Funktionären weitgehend an Verständnis für und Interesse an wirtschaftspolitischen Zusammenhängen fehlt, zeigen die Belegungsziffern der einschlägigen Kurse.

## VII

Macht ist immer Macht von Gruppen. Kleine, aber machtstarke Gruppen setzen ihre Teilinteressen für das Ganze und konkurrieren auf Kosten des Staates und der Allgemeinheit. Bei weitem nicht alle Menschen sehen die Notwendigkeit des Zusammenschlusses zu einer Gegenmacht, erkennen, daß außerhalb einer Organisation der Mensch hilflos und ohnmächtig ist, daß er als einzelner nichts gilt. Das Zusammengehörigkeitsgefühl ist graduell und schichtenspezifisch verschieden stark ausgeprägt. Am geringsten ist es bei den Arbeitnehmern. Presse und Öffentlichkeit sorgen außerdem dafür, daß die Arbeiterorganisationen in ihrem Wirken und ihrer Bedeutung herabgesetzt werden. Interesselosigkeit, übersteigerter Glaube an eigene, individuelle Chancen und fehlende politische Bildung wirken in die gleiche Richtung. Unwissenheit und Ignoranz korrespondieren miteinander. Außerdem ist Konsum mehr und mehr Merkmal sozialer Selbst-

Bestätigung und wird dadurch zum Herrschaftsmittel. Konsumwünsche lenken in dem Maße von politisch-gesellschaftlichen Problemen ab, als sie weniger der Bedürfnisbefriedigung als dem Geltungsbedürfnis dienen und soziale Rangmerkmale darstellen.

Entpolitisierung und in der Folge Entdemokratisierung sind das Ergebnis. Die Menschen werden in dem Maße geistig gefangen gehalten, als sie den Unterschied zwischen politischer Bildung und Propaganda nicht erkennen. Solange das von vielen Menschen zur Schau getragene Selbstbewußtsein nicht auch ihrem Wissen entspricht, sind sie den von ihnen selbst mitgeschaffenen Verhältnissen nicht gewachsen. Mehr als je zuvor stehen wir damit vor der gewiß nicht leichten Aufgabe, Gegenkräfte gegen Gleichgültigkeit, Irreführung und Dummheit zu mobilisieren, und die können nur heißen: Kritisches Bewußtsein, Denken, Zivilcourage.

Ungebildet zu sein heißt, keine Übersicht zu haben. Keine Übersicht zu haben heißt, das gerade Übliche, das von der Mehrheit Vorgelebte als allgemeingültig und damit richtig zu übernehmen. Geistige Armut vieler ist das Produkt von Kulturprivilegien einer kleinen Schicht, die die Mehrzahl der Menschen gedankenarm und kritischschwach halten möchte, damit ihnen befohlen werden kann. Die Dummheit und Lenkbarkeit der Vielen wird also zum politischen Machtinstrument weniger Inhaber von Schlüsselpositionen.

Immer wieder werden wir gefragt, warum wir alles so negativ sehen, an allem etwas auszusetzen haben, die Arbeitnehmer seien doch mit ihrem Los zufrieden. Sind sie das wirklich? Wir glauben nicht daran. Es ist wohl weniger Zufriedenheit, als die Neigung, entlastet, konfliktlos zu leben.

## VIII

Wir halten die gegenwärtige Beteiligung der Mehrheit der Bevölkerung an den Ergebnissen ihrer Arbeit, an Staat und Politik, Wirtschaft und Kultur für unangemessen gering und wollen diesen Zustand ändern. Wenn wir Veränderung wollen, so müssen wir von der Realität der Gegenwart ausgehen, und die ist allerdings bei vielen von Widerstandslosigkeit gegenüber Ungerechtigkeit gekennzeichnet, von dem Bestreben, an allem was geboten wird, teilzuhaben, ohne Verantwortung für andere zu übernehmen.

Verändern kann ich nur, wenn ich den Willen dazu habe und die Veränderungsmöglichkeiten kenne. Unsere liegen u. a. in der Verstärkung der Bildungsarbeit, denn jeder Mensch kann das, was er ist, nur durch Bildung geworden sein. Nicht das, was er früher einmal gelernt hat, sondern nur die ständige Erweiterung und Vertiefung des Wissens entscheidet. Es gibt keinen Endzustand, weder in der Bildung noch in der gesellschaftlichen Entwicklung; alles ist in schnellem Fluß, der Prozeß der Erkenntnis ist nie abgeschlossen.

Wir betrachten es als unsere Aufgabe, politisch zu bilden, d. h. zu klären, was wünschbar, was vermeidbar, was feststehend, was veränderlich, was möglich, was unmöglich ist. Wir haben das zu tun vom Standpunkt der Interessenvertretung der Mehrheit des Volkes zur Überwindung der Lethargie, der Unwissenheit, der Gleichgültigkeit, und wenn wir dabei mit den Gruppen kollicheren, denen an der Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes der Massenverdummung liegt, so ist das nur allzu verständlich.

Der eigentliche Sinn gewerkschaftlicher Bildungspolitik besteht demnach in der Herstellung eines so weitgehenden politischen Bewußtseins, daß von einer maximalen Zahl von Mitgliedern und Funktionären die reale Lage des Arbeitnehmers in Wirtschaft und Gesellschaft erkannt wird. Es sind die Bildungsvoraussetzungen zu schaffen, die Urteilsunsicherheit und Konformismus abbauen und Denkvermögen, Verstand, Realismus stärken. Das ist kein geringes Ziel und auch kein kurzer Weg. Eine Reihe von Vorschlägen, die diesem Ziel dienen können, werden abschließend zur Diskussion gestellt.

## UNMÜNDIGKEIT GEFÄHRDET DIE DEMOKRATIE

1. Neben der stärkeren Behandlung bildungspolitischer Fragen auf dem Bundeskongreß (Erwachsenenbildung, Schulpolitik, Bildungsurlaub) sollte im gleichen Dreijahresturnus ein Bildungskongreß in das Tagungsprogramm aufgenommen werden. Ziel eines solchen ist einmal die Stärkung der eigenen Aktivität in diesem Bereich und zum anderen die Öffentlichkeitswirkung.

2. Es ist lange her, daß im Europäischen Gespräch Bildungsfragen behandelt wurden. Eines der nächsten Gespräche kann einem europäischen Bildungsvergleich gewidmet sein, die Aktualität des Themas wird dem Interesse an der Veranstaltung zugute kommen.

3. Der bezahlte Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmer ist in den Bereich des politisch Möglichen gerückt. Das heißt für uns, an die Vorbereitung der Pläne für den zu erwartenden Andrang auf unsere Schulen zu gehen, um sachlich und organisatorisch der möglichen Intensivierung der Erwachsenenbildung gewachsen zu sein.

4. Wir beobachten seit Jahren eine Pressekonzentration, wie wir sie bisher noch nicht gekannt haben. Der weitaus größte Teil dieser Presse steht uns reserviert bis feindlich gegenüber. Das stärkste Äquivalent, was wir dieser Entwicklung entgegensetzen können, scheint mir neben der Zusammenfassung der Gewerkschaftspresse die eigene Bildungskonzentration zu sein.

Wenn wir im gewerkschaftspolitischen Bereich von Koordination sprechen, so meinen wir im allgemeinen nur das Aufeinanderabstimmen tarif- und organisationspolitischer Maßnahmen. Die so dringende Koordination unserer Bildungsmaßnahmen steht noch aus. Allen ernsthaft an der Lösung unserer Bildungsaufgaben Interessierten ist jedoch klar, daß unser Ziel, politisches (Selbst-)Bewußtsein auf der Basis einer exakten Wissensgrundlage bei möglichst vielen unserer Funktionäre und Mitglieder zu schaffen, ihre Bereitschaft zu eigenem Urteil und autonomen Handeln zu stärken, Abwehrmechanismen gegen die Einflüsse von Hierarchien aller Art zu entwickeln, nur dann verwirklicht werden kann, wenn wir alle Kräfte zusammenfassen. Wir müssen begreifen, daß Nebeneinander oder gar Konkurrenz in der Bildungspolitik der Gewerkschaften und des DGB eine Verschwendung von Kraft, Zeit und Mitteln bedeutet, die erstens unnötig ist, die wir uns zweitens nicht leisten können, und die drittens von unseren Kollegen in den Betrieben weder verstanden noch gewünscht wird.

5. Das Image der Gewerkschaften in der Öffentlichkeit ist überwiegend von ihrer Rolle als „Sozialpartner“ geprägt und ist damit in den Augen großer Teile der Bevölkerung negativ. Die stärkere Öffentlichkeitsbetonung unserer Bildungsarbeit kann dazu führen, daß diese die Gewerkschaften nicht nur bei Lohnkämpfen als „Unruhestifter“ zur Kenntnis nimmt.

6. Auch in unserer Bildungspolitik nimmt die Personengruppenarbeit (Frauen, Jugend, Angestellte, Beamte) weiten Raum ein und soll noch verstärkt werden. Warum widmen wir eigentlich der Personengruppe, die für die Aktivität und den Rückhalt unserer Funktionäre von so entscheidender Bedeutung ist, den Hausfrauen unserer Kollegen, so wenig Aufmerksamkeit? Hausfrauen- und Familienkurse in die Sommerprogramme aufgenommen, könnten bei uns — wie in Skandinavien — viele Ressentiments im familiären Bereich abbauen helfen.

7. Was wissen wir — konkret — von den Freizeitgewohnheiten unserer Kollegen? Wer macht von ihrer Zeit Gebrauch, sie selbst oder die Freizeitindustrie? Was wissen wir vom — tatsächlichen — Bildungsniveau des Arbeitnehmers im Betrieb? Menschen, die ich weiterbilden will, muß ich kennen. Wohin der von manueller und materieller Tätigkeit befreite Mensch sich in seiner Freizeit wendet, ist eine Frage, die an uns alle gerichtet ist. Es scheint mir höchste Zeit zu sein, bildungssoziologische Untersuchungen dieser Bereiche in Angriff zu nehmen, die sich auf das Bildungsangebot und die Bildungsprogramme von Bund und Gewerkschaften nur positiv auswirken können.

8. Der Grad der wirklichen Verbundenheit im gewerkschaftspolitischen Raum wird (neben der Leistungsfähigkeit, der Schlagkraft, der Einheit) von dem Bewußtsein der Geborgenheit der Mitglieder in ihrer Organisation bestimmt. Diese gefühlsmäßige Bindung ist oft ausschlaggebend für die Haltung unserer Kollegen in den Betrieben. Die Überzeugung von der Richtigkeit der Ziele und der Sicherheit der Erfolge wird gestützt durch die intensiven Kontakte in Bildungsveranstaltungen von längerer Dauer.

9. Voraussetzung jeder Bildungsarbeit ist das entsprechende qualifizierte Schrifttum. Politische Bildung ohne Buch ist nicht denkbar. Von der Beobachtung des Literaturmarktes bis zum ausgewählten Angebot für bestimmte Bereiche ist durch eine zentrale Stelle der Sektor Buch zu bearbeiten. Vor allem der Taschenbuchmarkt ist von uns bisher sehr vernachlässigt worden. Es muß möglich sein, in einer Gemeinschaftsaktion der Gewerkschaftsverlage Fachbücher der verschiedenen uns interessierenden Gebiete, populärwissenschaftliche Schriften und soziale Romane als Taschenbücher oder Paperbacks herauszubringen und anzubieten.

10. Es ist der Versuch zu unternehmen, in die Koordination gewerkschaftlicher Bildungsarbeit auch die befreundeten Organisationen (Genossenschaften, Banken, Neue Heimat usw.) mit einzubeziehen. Beispielsweise könnte die Quartalszeitschrift der „Büchergilde“ aus einem Verzeichnis für Neuerscheinungen und lieferbare Bücher zu einer qualifizierten Literaturzeitschrift umgestaltet werden, die einen Leserkreis von einer Größe erreicht, von dem mancher Kulturschriftenverlag nur zu träumen wagt. Es müßte doch verlockend sein, aus einer konventionellen Verkaufshilfe ein kulturell hochstehendes Blatt zu machen. Autoren, die als Mitarbeiter gewonnen werden könnten, sind in großer Zahl vorhanden.

11. Wir haben seit dem Oktober letzten Jahres unsere Mitbestimmungsforderung erneut in den Mittelpunkt gerückt. Zwar haben viele örtliche Gewerkschafts- und DGB-Stellen inzwischen dieses Thema in ihren Veranstaltungen aufgegriffen und zum Gegenstand von Referaten, Seminaren, Gesprächen gemacht, jedoch meistens nur sporadisch und lokal isoliert. Danach ist es — jedenfalls in der Öffentlichkeit — wieder ziemlich still geworden. Hier ist zu prüfen, inwieweit dieses Thema zum Schwerpunkt in allen Gliederungen und auf allen Ebenen nach zentralem Plan erhoben und intensiviert werden kann. Die Durchführung gemeinsamer Bildungsveranstaltungen auf allen Ebenen, die Einrichtung von Arbeitskreisen ehemaliger Verbands- und Bundesschüler wenigstens in großen Städten könnte dabei ein Anfang sein.

12. Unsere Kolleginnen und Kollegen stehen tagein, tagaus am Arbeitsplatz in einer mehr gewerkschaftsfeindlichen als -freundlichen Umgebung. Sie werden von einer Presse beeinflusst, die das, was wir tun, eher ablehnt als gutheißt. Es ist aber eine Binsenwahrheit, daß diejenigen Umgebungseinflüsse den Menschen formen, die am unmittelbarsten und vitalsten sind. Ein Mensch, dessen Lebensverhältnisse vom Gegner mehr und stärker beeinflusst werden können als von der eigenen Organisation, wird erlahmen, wenn er nicht nachhaltig gestützt werden kann. Stützen heißt in diesem Sinne, ihm so viel Wissensgrundlage und Situationsbewußtsein zu geben, daß er genügend Widerstandskraft entwickeln kann. Bildungspolitisch heißt das, ihn davon zu überzeugen, daß Wohlstand und Vollbeschäftigung nicht Endzustände sind, als die sie von den meisten Menschen angesehen werden, sondern weiter nichts als die *Voraussetzung* für die *volle* Gleichberechtigung auf *allen* Gebieten. Solange diese Möglichkeit nicht empfunden wird, führt der Wohlstand eher zur Unterwerfung als zur autonomen Lebensführung.

Die genannten Punkte erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Vieles mehr auf vielen anderen Gebieten wäre möglich und bitter nötig, um Kräfte zu mobilisieren, von deren Vorhandensein einmal das Schicksal unseres Staates und damit unserer Bewegung abhängen kann.